

GÖTTINGER BLÄTTER

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GoLinke

März
2025

FREITAG | 07. MÄRZ | 19:00 UHR

FILM ÜBER MINNA FASSHAUER

Erste Volkskommissarin für Volksbildung und Wohlfahrt in der Räterepublik Braunschweiger Land nach der Novemberrevolution 1918 bis 1919. Ein Film von Michael Ewen GEW. Minna Fasshauer, die aus ärmlichen Verhältnissen stammte, hat sich stets für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und vor allem für Kinder eingesetzt.

Alle Kinder sollten genug zu essen bekommen und unabhängig von der Kirche zur Schule gehen können. Sie hat sich aktiv gegen Kriege und Faschismus eingesetzt und wurde, auch aus diesem Grunde, 1935 des Hochverrats angeklagt, in sogenannte Schutzhaft genommen und ins Frauen-KZ Moringen gesperrt.

Veranstalterin: ver.di Ortsfrauenrat

Ort: ver.di Geschäftsstelle, Groner-Tor-Str. 32

Veranstaltungskalender

(sonstige Veranstaltungen)

12. Februar, 19.00 Uhr:

Göttinger Friedensforum
SHK, Neustadt 7, Göttingen

19. Februar, 19.00 Uhr

Buchlesung: Rassismus, Kolonialismus, Fußball, Veranstaltung des RLC mit 05 Supporters Crew, Göttingen
OM 10, Obere Masch-Straße 10

17. April, 19.30 Uhr

Film: Als der Staat Rot sah
Im Anschluss an den Film: Diskussion mit dem Regisseur Christoph Boekel, München
Lumiere, Geismar Landstr.
Eine Veranstaltung der IPPNW

24. April, 20.00 Uhr

Film: Die Frauen und die Schulen von Reggio Emilia – Zum 80. Jahrestag der Befreiung Italiens von der deutschen Besatzung
Lumiere, Geismar Landstr.

25. April 19.00 Uhr

Multimedia-Buchlesung zum Thema Buchladen Rote Str., Nikolaikirchhof
Veranstaltungen in Zusammenarbeit

Veranstaltungen am Internationalen Frauentag

PROGRAMM 2025



Im Internet:

<https://www.goettinger-linke.de/1532-2/>

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Internationaler Frauentag	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2025
ist der 20. März
Auslieferung voraussichtlich am 27.03.

SAMSTAG | 8. MÄRZ

09:00-12:00 UHR

GROSSES FRAUEN FRÜHSTÜCK

Frauenfrühstück in ungezwungener Atmosphäre mit viel Information und Raum sich kennenzulernen und auszutauschen, mit Überraschungsrednerin und Auftritt der Jazz-Dance-Gruppe des TV Jahn Duderstadt. Veranstalterin Stadt Duderstadt - Gleichstellungsbeauftragte in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Region Süd niedersachsen-Harz

Ort: Rathaus Duderstadt, Bürgersaal, Marktstraße 66, Duderstadt Kosten 3,00 €, Kinder können gerne mitgebracht werden!

Anmeldung erforderlich: 05527 8410 oder e.stellhorn@duderstadt.de.

AB 13.00 UHR

AM GÄNSELIESEL/MARKTPLATZ NUR NOCH KRISE, KRIEG UND KAPITALISMUS FEMINISMUS IN DIE OFFENSIVE Stände von Beratungsstellen, Bündnissen, Netzwerken und Initiativen. Kommt vorbei! Wir gehen heraus für Gleichbehandlung und -berechtigung von Frauen* in allen Bereichen des Lebens. Es ist immer noch nötig, dafür zu kämpfen: Sorgearbeit gehört wertgeschätzt und gerecht verteilt! Veranstalterinnen: DGB + Verdi Frauen, Feministisches Bündnis

AB 16:00 UHR
DEMO - TREFFPUNKT ALBANIPLATZ
19:00 - 24:00 UHR
FRAUEN TANZABEND

Zum Internationalen Frauentag möchten wir die gelungene Party vom letzten Jahr wiederholen und gemeinsam feiern und tanzen. Das Migrationszentrum des Diakonieverbandes Göttingen-Münden und das Frauenhaus laden dafür in den Salon dermusa e.V. ein. Freut euch auf gute Musik, ausgelassene Stimmung und eine volle Tanzfläche!

Ort: Im Salon, musa e.V., Hagenweg 2a, 37081 Göttingen
Veranstalterinnen: Frauenhaus Göttingen und Migration szentrum für Stadt und Landkreis Göttingen

Eintritt frei, keine Anmeldung nötig - Einlass nur für Frauen*



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Bombenkrieg und Swingmusik – Bericht von der Lesung im Buchladen Rote Straße

Göttingen, am Freitag den 21.02.2025

Mit knapp 40 Teilnehmenden hat die Lesung von Birgit Köhler im Buchladen Rote Straße beinahe die gesamte Fläche des Ladens in Anspruch genommen.

Ob aus politischen Organisationen oder modernem Swing-Hintergrund, alle waren gekommen um den Geschichten um Hauptcharakter Johnny zu lauschen. Dabei wurde vor allem eine ganz ungewohnte Perspektive aus der Zeit des Nationalsozialismus deutlich:

Die der Jugendlichen Jungen und Mädchen, welche sich nicht der Marschmusik und der Konformität des Nazis unterwerfen ließen.

Dass dies nicht immer glatt lief wird schnell klar. Ob es die Razzia im Tanzlokal ist oder die Schikanen der HJ-Streifen. Die Anhänger:innen der Swing Kids, wie sie sich selber betiteln fallen schon damit auf, dass sie lieber lange Haare tragen und entschieden weite und bunte Klamotten tragen.

Besonders spannend wird der Roman dann, wenn er aus dem Alltag der Jugendlichen zwischen 14 und 17 berich-

tet. Wir werden mitgenommen zu dem Schallplattenhändler, welcher Ware unterm Ladentisch zu bieten hat, welche die Nazischerger gar nicht gerne sehen. Mangels ausreichendem Budget wird eine Platte mitgenommen und unterm Dach auf dem eigenen Plattenspieler rauf und runter gehört. So bekommt man selber einen ganz persönlichen Einblick, denn die abgespielten Frequenzen bieten den Kids eine Möglichkeit des Eskapismus aus dem grauen Alltag; sowie wir alle es kennen, wenn die Musik uns neue Kraft gibt oder uns den Blick ermöglichen, uns nicht runterziehen zu lassen von allem Negativen um uns herum (wenn auch nur äußerst bedingt hier ein Vergleich erlaubt sein darf).

Die ca. eineinhalbstündige Lesung wird dabei eingeleitet von den wippenden Beats der Swingmusik der 20er und 30er Jahre. Anschließend gab es ein Podium, auf welchem die Autorin sowie der Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, Stefan Wilbricht weitere Einblicke in die Welt und die Leben der Swing-Jugend geben konnten.

Stefan Wilbricht konnte hierbei aus dem Haftleben der Jugendlichen während Ihrer Inhaftierungen in den Jugendkonzentrationslagern in Moringen und Uckermark berichten. Es gibt zwar keine Berichte von Insassen aus der Swing-Jugend Bremen (dafür war diese Ge-

genkultur zahlenmäßig zu klein, im Vergleich zu denen aus größeren Städten), doch gibt es genügend Berichte von Jugendlichen aus Hamburg.

Hier ist sogar tatsächlich überliefert, dass sich diese Gleichgesinnten während der nächtlichen Swingsarbeit in der Heeresmunitionsanstalt Volpriehausen zusammengetan und auf Schüsseln und Töpfen die Jazzbands ihrer Platten imitiert haben. Wachen waren zu dem Zeitpunkt natürlich keine Anwesend, war die Muna genannte Fabrik doch faktisch ausbruchssicher.

Während sich unter Historiker*innen darum gestritten wird, ob es sich bei den Swing Kids um Widerstand oder einfach Widerständige gehandelt haben, gab es unter den Jugendlichen einen derartigen Zusammenhalt, dass sogar die Brotverteilung im Lager von diesen organisiert wurde. So konnten z.B. auch die mit Essensentzug bestraften versorgt werden.

Zum Schluss der Veranstaltung war es dann noch möglich, mit Birgit und Stefan ins Gespräch zu kommen sowie sich ein signiertes Exemplar des Romans zu sichern.

Die VVN-BdA KV Göttingen bedankt sich bei allen Teilnehmende, vor allem aber bei Birgit, Stefan und dem Team vom Buchladen Rote Straße.



Termine

Dienstag, 11.03.2025, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

11. März 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



Western Union setzt Überweisungen nach Kuba aus

Der Finanzdienstleister Western Union hat seine Geldtransfers von den USA nach Kuba auf unbestimmte Zeit eingestellt. Das gab das Unternehmen am Donnerstag in einer Mitteilung bekannt.

Grund für die Aussetzung des Services sind die jüngsten Verschärfungen der US-Sanktionen gegen Kuba unter Präsident Donald Trump. Dieser hatte am 20. Januar mehrere Lockerungen seines Vorgängers Joseph Biden rückgängig gemacht.

Dazu gehörte auch die Wiederaufnahme kubanischer Unternehmen und Organisationen auf die sogenannte „Cuba Restricted List“ (CRL). Die Liste dient dazu, direkte finanzielle Transaktionen mit den darauf aufgeführten Einrichtungen einzuschränken

„Als globales Unternehmen sind wir verpflichtet, die Gesetze und Vorschriften der Länder einzuhalten, in denen wir tätig sind“, erklärte Western Union in einem Statement, und weiter: „Aufgrund einer Änderung der US-Sanktionsbestimmungen sieht sich Western

Union gezwungen, seinen Geldtransfer-service zwischen den USA und Kuba mit sofortiger Wirkung auf unbestimmte Zeit auszusetzen.“

Eines der von den neuen Restriktionen betroffenen Unternehmen ist Orbit S.A. Der kubanische Partner von Western Union wurde 2022 eigens für die Abwicklung von Auslandsüberweisungen gegründet, nachdem die Vorgängerorganisation Fincimex bereits durch US-Sanktionen blockiert wurde. Beiden Unternehmen wird vorgeworfen „für oder im Namen der kubanischen Streitkräfte“ zu handeln.

Laut Western Union arbeitet das Unternehmen derzeit mit seinen Kunden zusammen, um den vollen Betrag der aktiven Überweisungen zu erstatten. Man bedauere die Situation zutiefst und entschuldige sich aufrichtig bei

den Kunden für die verursachten Unannehmlichkeiten, heißt es. Ein Datum für die mögliche Wiederaufnahme des Services nannte Western Union nicht, erklärte jedoch, dass man weiterhin Optionen prüfe, um den Geldfluss nach Kuba wiederherzustellen.

Für den Teil der Bevölkerung mit Zugang zu Geldüberweisungen von Verwandten aus dem Ausland („remesas“) sind diese oft die wichtigste Einkommensquelle. Sie dienen dazu, Engpässe bei Lebensmitteln und Medizin abzufedern und die oft bescheidenen Löhne aufzubessern. Schätzungen zu Folge flossen im Jahr 2023 rund zwei Milliarden US-Dollar an Auslandsüberweisungen ins Land – die meisten davon aufgrund von Inflation und US-Sanktionen über informelle Kanäle als Bargeld.

(Amerika21)

Seit dem 14. Februar: Die Buchmesse in Havanna

Die Internationale Buchmesse in Havanna hat begonnen, ein überzeugendes Schaufenster des Widerstands auf der Insel. Autor: Yelén Delgado Calvo | internet@granma.cu

Mit der offiziellen Zeremonie des Hissens der Flaggen Kubas und Südafrikas, Ehrengast der 33. Internationalen Buchmesse in Havanna, wurde am 14.2.25 mit der großen Veranstaltung, die am Nachmittag nach der Eröffnungszeremonie im Saal Nicolás Guillén des Hauptveranstaltungsortes, dem Historischen Militärpark Morro-Cabaña stattfand, für geöffnet erklärt.

Ab Freitag lernte das Publikum dann an diesem Ort und in den 18 über die Hauptstadt verteilten Nebenschauplätzen erneut die Angebote der Verlage

kennen, etwas, das die eine Insel trotz Wirtschaftskrise und Verschärfung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der US-Regierung gegen Kuba investiert und auf das sie nicht verzichten wird. Es ist im Wesentlichen der Wille eines nationalen Projekts, das die Kultur zu einer seiner unverzichtbaren Prioritäten gemacht hat.

Juan Rodríguez Cabrera, Präsident des



kubanischen Buchinstituts und des Organisationskomitees der Messe, sagte, dies sei eine „außergewöhnliche Anstrengung“, ein Geschenk im Rahmen des kreativen Widerstands und gemeinsam mit einem Volk, das der Kunst nahe sein möchte. „Es bedeutet, die Zeiten, in denen wir leben, herauszufordern, eine kollektive Antwort zu geben“

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



Gedanken am Wahlabend

Es ist 22 Uhr am 23. Februar 2025, die Auszählung der bei der Wahl zum Bundestag abgegebenen Stimmen dauert noch an. Zu den vorläufigen Ergebnissen lässt sich allerdings schon das ein oder andere sagen.

Der Wahlsieg der CDU stand von vornherein fest. Und wer das erklären möchte, muss sich vermutlich weniger mit Friedrich Merz' einnehmenden Wesen beschäftigen, als mit dem, was da eigentlich abgewählt wurde. Die Ampel-Regierung stand für wirtschaftlichen Niedergang, verrottende Infrastruktur, Sozialabbau, Aufrüstung, Kriegspolitik und in der Migrationspolitik für das, was von verschiedenen Seiten „Kontrollverlust“ genannt wurde. Die Folgen der Politik dieser Regierung haben die Menschen deutlich zu spüren bekommen und sie hatten es satt. Da das Wesen der parlamentarischen Regierungsform im Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition besteht, ist alles, was der Regierung angekreidet werden kann, Wasser auf die Mühlen der Opposition.

Die CDU als stärkste Oppositionspartei wird nun übernehmen, dabei aber den Weg fortsetzen, den die Ampel-Re-

gierung eingeschlagen hat. Es bleibt beim Kurs in Richtung Kriegstüchtigkeit auf allen Gebieten. Strittig war nur, inwieweit dafür die Schuldenbremse geopfert werden muss. Propagandistisch flankiert werden wird das nun dank Trump mit dem Verweis auf die Notwendigkeit eines auch militärisch starken Europas oder eben Deutschlands. Auf dieser Linie kann sich dann auch die AfD endgültig in den Reigen der Kriegsparteien einfügen, im Wahlkampf hat sie mit der Forderung nach Rüstungsausgaben in Höhe von 5% des BIP schon gut vorgelegt. Gemeinsam mit der CDU stellt sie nun, ob mit oder ohne Koalition, eine rechte Mehrheit im Bundestag. Ihre Stimmenanteile auch in der Industriearbeiterschaft lassen wie die Verluste der SPD insgesamt eine immer weiter schwindende Bedeutung der Sozialdemokratie für die Einbindung der Arbeiterklasse in das System der Kapitalverwertung erkennen. Das wiederum ist das Signal fürs Kapital, dass die Daumenschrauben weiter angezogen werden können.

Der wahnsinnige Erfolg der AfD und ihrer rassistischen Tiraden provozierte allerdings auch Widerstand an den Wahlurnen, was vermutlich die erstaunlich guten Wahlergebnisse der grünen Ampel-Partei einerseits, als auch der Linkspartei andererseits erklärt. Hier ist die bürgerliche Zivilgesellschaft an die Wahlurne getreten, die z.B. auch die großen Demos gegen Rechts im Januar 2023 auf die Beine gestellt hat. Dass ausgerechnet die Grünen Profiteure dieser Stimmung werden konnten, ist nur durch ihre Selbstdarstellung als weltoffene Menschenrechtspartei zu erklären. Ihr Regierungshandeln als Speerspitze des Kriegskurses gegen Russland wurde offensichtlich nicht als die rechte Politik erkannt, die sie ist. Von den sozialen Folgen dieser Politik ist ihre Anhängerschaft noch kaum betroffen.

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 04. März

Auswertung der Bundestagswahl

Dienstag, 18. März

Das Thema dieser Versammlung stand zum Redaktionschluss noch nicht fest

Alle MV'en finden um **20.00 Uhr** im **Roten Zentrum**,
 Lange Geismarstr. 2 statt

Die faschistische Gefahr verorten die Wähler dieser Parteien in den Köpfen der Wähler der Rechtsparteien. Doch der Faschismus kommt nicht als demokratische Mehrheitsentscheidung an die Macht. Faschismus ist auch nicht einfach nur eine besonders diskriminierende Politik gegenüber Minderheiten. Das schafft der bürgerliche Staat auch unter demokratischen Vorzeichen. Der Faschismus ist eine Herrschaftsform des Kapitals und es sind die Interessen und Ziele der großen Kapitale und die Einschätzung der Stärke des Widerstands gegen deren Verwirklichung, die darüber entscheiden, wann von der parlamentarischen zur faschistischen Herrschaftsform übergegangen wird. Darin besteht auch der Zusammenhang von Faschismus und Krieg: um die Widerstände gegen den Übergang zur Kriegswirtschaft und die Formierung der Heimatfront zu brechen, wird der Faschismus benötigt. Wer diesen Zusammenhang nicht sieht, sondern sich sogar noch auf die ein oder andere Weise in den Kriegskurs einbinden lässt, kann der eigentlichen Wurzel der Rechtsentwicklung nichts entgegensetzen.

Was wir in den kommenden vier Jahren brauchen werden, ist eine gehörige Portion Entschlossenheit und Durchhaltevermögen angesichts einer sich erwartbar verschärfenden Repression. Wir müssen auf alle zugehen, die sich für den Frieden einsetzen und genauso auf alle, die dies gegen den Rechtsruck tun. Denn beides gehört zusammen und nur zusammen können wir es bekämpfen.

(sl)

UZ

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

„Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.“ (Clara Zetkin)



**Sagen
was
ist!**



Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/

GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Ein Riesenerfolg für die Mieter!

Im Kampf gegen überhöhte Heizkostenabrechnungen haben die Prüfungsgemeinschaft und der Deutsche Mieterbund Göttingen e.V. einen großen Erfolg erreicht: Mit der Vermittlung durch die Stadt Göttingen konnten die Interessen der MieterInnen erfolgreich verteidigt werden.

Vielleicht hat es der Eine oder die Andere bereits der Presse entnommen: Nach langen und auch schwierigen Verhandlungen mit der LEG konnten die Prüfungsgemeinschaft zusammen mit dem Mieterverein einen gangbaren Weg hinsichtlich der Nebenkosten 2022 entwickeln. Dieser sieht vor:

- * Die LEG wird gegen das Energieunternehmen Enercity klagen - nicht gegen die Mieter*innen. Dadurch sind die Mieter*innen für die nächsten Jahre vor diesen Forderungen geschützt!
- Ein „Haar in Suppe“: Da so ein Prozess viele Jahre in Anspruch nehmen kann

und die Ansprüche der LEG gegenüber den Mietern in dieser Zeit verjähren könnten, müssen die Mieter eine Verjährungsverzichtserklärung unterschreiben, so dass die LEG im Falle der Rechtswirksamkeit des Energievertrages noch ein halbes Jahr nach Urteil ihre Forderungen erneut an die Mieter stellen kann. Damit hat die LEG in drei oder fünf Jahren immer noch einen Anspruch auf die Forderungen.

* Die LEG wird einen Härtefallfond von 300.000 Euro zur Verfügung stellen, falls dieser Prozess verloren werden sollte.

* Die LEG wird in diesem Fall die Nebenkostenschulden nicht durch ein Inkasso-Unternehmen eintreiben lassen.

* Die LEG wird keine Kündigungen betreffs dieser Forderungen aussprechen.

* Die LEG wird diese Forderungen nicht mit Kautionen verrechnen und Mietschuldenfreiheitsbescheinigungen ausstellen.

Bei dem Prozess geht es um die Frage, ob dieser „ungewöhnliche Energievertrag“ mit der Enercity rechtswirksam ist oder nicht. Dies soll nun gerichtlich entschieden werden. Aber im Gegenzug konnten die o.g. Sicherungen eingebaut werden, die die Mieter auch bei einem negativen Urteil so gut wie möglich schützen sollen. So wird die LEG niedrige und leistbare Raten ermöglichen und die Forderungen bleiben bis zu einem gerichtlichen Urteil ohne Zinsen

Die Prüfungsgemeinschaft und auch der Mieterverein haben empfohlen, diese Vereinbarung zu unterzeichnen.

Letztlich aber ist niemand dazu gezwungen: Jeder Mieter kann entscheiden, ob er dieses Angebot annimmt oder nicht. Die LEG hat allerdings angekündigt, MieterInnen die nicht unterschreiben, zu verklagen.

Merke: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Winterkino Grone:

Nächster Termin: 14. März 2025

„Das Freibad“

Freibad ist eine deutsche Filmkomödie von Doris Dörrie, die am 1. September 2022 in den deutschen Kinos startete. Sie thematisiert kulturelle Akzeptanz und gesellschaftliches Miteinander. Der Film feierte am 25. Juni 2022 im Rahmen des Filmfests München seine Premiere. Im einzigen Freibad für Frauen treffen viele verschiedene Kulturen aufeinander. Die Protagonistinnen Eva und Gabi kennen sich bereits viele Jahre und reden immer wieder von ihrer Zeit in den 1970er-Jahren. Beide besuchen schon lange das Freibad. Eva war erfolgreiche Sängerin, bis sie wegen Gehörproblemen die Töne nicht mehr traf. Sie wird noch gelegentlich von Fans erkannt. Um über die Runden zu kommen, untervermietet sie ein Zimmer ihrer Wohnung an Nils. Sie vertritt Standpunkte des Zweite-Welle-Feminismus. Unter der Befreiung der Frau versteht sie unter anderem, sich nicht zu verhüllen.

Yasemin ist ambitionierte Freizeitsportlerin. Sie trägt allerdings beim Schwimmen einen Burkini. Eva empfindet das als Unterdrückungssymbol. Sie konfrontiert die Bademeisterin Steffi damit, dass sie Yasemins Badekleidung unangebracht findet. Da der Burkini allerdings nicht gegen die Badeordnung verstößt, muss Eva sich geschlagen geben. Um Yasemin zu provozieren, legt Eva ihr Bikinioberteil ab und kreuzt im Schwimmbecken die Bahn, in der Yasemin schwimmt. Als es zu einer Konfrontation kommt, wird Eva darauf aufmerksam gemacht, dass das Oben-ohne-Schwimmen gegen die Badeordnung verstößt.

19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstr. (Eingang an der Bushaltestelle)

Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn: 19.00 Uhr

Saal und Sanitäranlagen sind rollstuhlgerecht zu erreichen.



BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Pressemitteilung vom 17.02.2025

BSW-Kreistagsfraktion: Münden braucht eine Gesamtschule

In der letzten Schulausschusssitzung stand die Präsentation der Befragung von Grundschulleitern zur Schulentwicklung im Altkreis Münden auf der Tagesordnung.

Diese ergab, dass 48,5 % der Eltern eine Gesamtschule in Raum Hann. Münden fehlt. Lediglich 37,7% fehlt beim dortigen gegliederten Schulsystem keine Schulform. Die Rücklaufquote betrug 28,4%, wobei das Ergebnis als repräsentativ eingestuft wurde. Im Schulausschuss wurde dies von Seiten der Kreisverwaltung und den übrigen

Parteien so gedeutet, dass es keinen Veränderungsbedarf gibt.

BSW-Fraktionsvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: „Eine knappe Hälfte der antwortenden Eltern wünscht sich eine Gesamtschule. Dies kann und darf nicht ignoriert werden. Bislang hat es faktisch in den letzten Jahren keine Diskussion mehr zur Veränderung der Schullandschaft gegeben. Dies muss sich ändern. Die Einrichtung einer Gesamtschule in Münden muss geprüft werden.“

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

*Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr*



Die Aufrüstung und die Kommunen

In der letzten Ausgabe der GöBlä hatten wir über die Einbringung des Kreishaushalts und die zu erwartende katastrophale Entwicklung der Kreisfinanzen in den nächsten Jahren berichtet.

Dies ist kein Einzelfall. Die Situation in der Stadt Göttingen sieht noch schlimmer aus. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag warnen vor einem finanziellen Kollaps der Kommunen. Seit 2024 erwirtschaften laut nds. Landkreistag sämtliche niedersächsischen Landkreise und die Region Hannover ein Defizit, das sich in den kommenden Jahren noch deutlich verschärfen wird. Dabei zeige sich die Einnahmeseite erstaunlich robust. Problematisch sei vielmehr die ständige Überforderung der Kommunen durch neue und Ausweitung bestehender gesetzlicher Aufgaben.

Eine umfassende Entschuldung und eine bessere finanzielle Ausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden durch den Bund und die Länder sind erforderlich.

Doch was ist vom Bund zu erwarten?

Nach dem Haushaltsentwurf 2025 würden rund 75 Mrd Euro gegenüber 72 Mrd 2024 für Rüstung ausgegeben werden.

Dies entspricht jeweils etwas mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). In den Jahren von 2004 bis 2019 hatte der Anteil am BIP zwischen 1,1 und 1,3% gelegen.

SPD, CDU/ CSU, Grüne, FDP und AfD sind

sich darin einig, dass in den nächsten Jahren der Rüstungsetat deutlich gesteigert werden soll. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel unterstützt die Forderung des US-Präsidenten Donald Trump, dass dies fünf Prozent sein sollen. Die Grünen fordern 3,5%, die FDP bietet 3%, die zukünftigen Koalitionspartner CDU und SPD legen sich jeweils nicht fest, fordern aber deutlich mehr als die bisherigen zwei Prozent.

Der Bundeshaushalt betrug 2024 477 Mrd Euro, für 2025 waren 489 Mrd geplant. Eine Verdoppelung oder zumindest eine 1,5fachung der Rüstungsausgaben müsste an anderen Stellen eingespart werden und es gibt ja noch die ausgerechnet im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse.

Was sind die Folgen?

Bereits heute gibt es einen riesigen Investitionsstau. So schätzt eine gemeinsame Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Hans-Böckler-Stiftung vom Mai 2024 den dringenden Investitionsbedarf für die nächsten zehn Jahre auf 600 Mrd. Euro, die sich etwa wie folgt verteilen:

- Rund ein Drittel benötigen davon die Kommunen um den Sanierungsstau aufzuholen.
- Ein weiteres Drittel für den Klimaschutz
- 127 Mrd werden für Verkehrswege

und den ÖPNV gebraucht.

- 42 Mrd für Bildungsinfrastruktur und 35 Mrd für Hochschulen
- 37 Mrd für sozialen Wohnungsbau

Gerade auf die Kommunen würden hier erhebliche Investitionskosten zu kommen, die alle genannten Bereiche und nicht nur den ersten Bereich betreffen.

Hinzu kommen massive Probleme in Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Bildung und dem Bereich Gesundheit/ Pflege, die ebenfalls deutlich höhere Ausgaben für Bund, Länder und Kommunen erfordern.

Auch bereits ohne die Erhöhung der Rüstungsausgaben müssten eigentlich die öffentlichen Einnahmen deutlich erhöht werden. Aber eine Steuerreform mit einer deutlich höheren Belastung von Kapitaleinkommen wie es das BSW fordert wird von fast allen anderen Parteien abgelehnt. Bei einem Blackrock-Bundeskanzler Friedrich Merz, der mit der SPD oder/und mit den Grünen regiert, ist das jedenfalls nicht zu erwarten bei gleichzeitiger deutlicher Erhöhung der Rüstungsausgaben. Pech für die Kommunen.

Unsere Probleme bleiben ungelöst. Es erwarten uns katastrophale Zeiten!

PS: Der Redaktionsschluss lag noch vor der Bundestagswahl.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger LinkeSpendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Internationale Wochen gegen Rassismus - nicht alles was glänzt, ist auch wertvoll.

Vom 17. bis zum 30. März finden die internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Auch die Stadt Göttingen beteiligt sich daran und ruft unter dem Motto „Menschenwürde schützen“ zur Beteiligung auf. Bis zum 5. März können Veranstaltungen bei der Stadt gemeldet werden.

Während gesellschaftliches Engagement gern gesehen und Anti-Rassismus hoch auf die Fahne geschrieben wird, verschlechtert sich die Situation von Rassismus betroffenen Menschen Jahr für Jahr. Darunter besonders die Gruppe der geflüchteten Menschen, die immer mehr unter dem Verlust ihrer Würde und Rechte leiden.

Im vergangenen Jahr im August hat Landrat Marcel Riethig (SPD) im Landkreis Göttingen die Bezahlkarte für geflüchtete Menschen ohne politischen Beschluss eingeführt. Damit katapultiert er sich an die Front zum Abbau der Menschenwürde und wurde dafür sogar vom nds. Innenministerium gerügt. Die Bezahlkarte wurde von oben herab entschieden und Kommunen haben die Anweisung, keine Alleingänge bei der Umsetzung zu starten.

Auch in der Stadt Göttingen wird diese zukünftig an neue geflüchtete Menschen ausgegeben - eher weil sie müssen und nicht wie im SPD-geführten Landkreis aus dem Wunschenken der politischen Führungsperson.

Die Bezahlkarte ist eine rassistische Methode, die Teil der wissenschaftsfeindlichen Abschreckungspolitik ist. Es ist nie bewiesen wurden, dass sogenannte Pull-Push-Faktoren dazu führen, dass mehr oder weniger Menschen nach Deutschland migrieren. Es ist eine populistische und verkürzte Methode, die vielmehr die arrogante Überheblichkeit unserer Gesellschaft beschreibt, Einfluss auf außenpolitische Geschehen nehmen zu können. Statt mit weniger Waffenlieferungen für eine Verkürzung von Kriegen zu sorgen, vor denen Menschen eigentlich fliehen, wird eine drohende Verarmung in Deutschland als Waffe geschaffen

Mit der Bezahlkarte sollen alle Zahlungsvorgänge abgewickelt werden. Dabei ist es nur möglich, 50€ als Bargeld pro Monat zu erhalten - der Rest des Geldes muss in Form von Kartenzahlung ausgegeben werden. Menschen sollen so weniger Möglichkeiten haben, Gelder zu ihrer Familie zu schicken.

Wer immer noch glaubt, dass das wenige Geld für geflüchtete Menschen ausreicht, um davon hier zu leben und zusätzlich Gelder ins Ausland zu verfrachten, der hat sich noch nie mit dem Alltag von armutsbetroffenen Menschen auseinandergesetzt. Außerdem bleibt es fraglich, ob die paar Kröten, die man asylsuchenden Menschen gönnt, den Staatshaushalt so sehr belasten, wie es steuervermeidende Reiche tun.

Jene sogenannte Abschreckungspolitik ist ein Schlag ins Gesicht für die Menschenrechte und -würde. Während westliche Wirtschaftsflüchtlinge gern gesehen werden, sind aus Krisengebieten Vertriebene Spielball populistischer Ausgrenzungspolitik geworden - neben CDU, FDP und AfD auch von der SPD, den Grünen und vom BSW.

Dieses System braucht einen Finanzdienstleister, der daran verdient. Im Landkreis Erding wurde eine ähnliche Einschränkung der finanziellen Mittel für geflüchtete Menschen bereits 2016 in Form eines „Kommunalphasses“ eingeführt. Zeitgleich zum Wirecard-Skandal wurde dieser wieder aufgelöst, da es Probleme mit der Zahlungsabwicklung gab. Auch in Österreich arbeitet man mit Wirecard für eine App zusammen, die wie die Bezahlkarte funktionieren soll. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch die deutsche Regierung eine bundesweite Lösung mit Wirecard anstrebt.

Von Dublin-Abschiebungen bedrohte Menschen werden aktuell zur Obdachlosigkeit gezwungen, da ihnen die Gelder komplett gestrichen werden können - ob solche unwürdigen Praxen in Stadt oder Landkreis Göttingen durchgeführt werden, bleibt abzuwarten.

Was bleibt ist der bittere Nachgeschmack, dass Städte wie Göttingen sich mit den Internationalen Wochen gegen Rassismus einen diversen und weltoffenen Anstrich geben, ihr politisches Handeln aber rassistischer und ausgrenzender denn je ist. Anstatt wie in Hannover eine „Social Card“ einzuführen, die allen Menschen ohne eigenes Bankkonto zur Verfügung steht und damit Menschen hilft, die beispielsweise obdachlos oder geflüchtet sind, geht es hier nur um eine rassistische Ausgrenzung von Menschen aus dem Alltag. In der aktuellen politischen Lagen werden keine Lösungen gesucht, sondern Möglichkeiten zur Ausgrenzung von Minderheiten. Geflüchtete

Kontakte

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de**Sprecher*innenkreis:**

Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Güslan Yalin, Jost Leßmann

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de**Gruppe Grone:**grone@goettinger-linke.de**Gruppe Gleichen:**gleichen@goettinger-linke.de**Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt
Göttingen**Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de**Fraktionsmitarbeiter:**

Tim Schlaf

Öffnungszeiten:

Mi: 10:00 - 12:00

14:00 - 16:30

Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

Menschen können nicht wählen, daher interessieren sich politische Vertreter*innen kaum für ihre Belange.

Wenn die Bezahlkarte Erfolg hat, so kann prognostiziert werden, dass zukünftig weitere Gruppen von armutsbetroffenen Menschen sich auf diese staatliche Kontrolle ihres Zahlungsverkehrs einstellen können. Im kommenden Kommunalpolitischen Arbeitskreis werden Vertreter*innen der Stadt eingeladen um über den aktuellen Stand der Bezahlkarte zu sprechen. Interessierte sind eingeladen. Wir bitten um eine kurze Anmeldung, da dieser im Rathaus stattfindet und ggf. Menschen unten abgeholt werden müssen (Mail an goelinke-ratsfraktion@goettingen.de).

Kommunalpol. Arbeitskreis:

zum Thema Bezahlkarte für geflüchtete Menschen

Mittwoch, 26. März, 18:00 Uhr,
Neues Rathaus im Raum 1118
dung:

Interfraktionelle Resolution von GöLi, Grüne, Partei&Volt und SPD-Fraktion sowie dem Abgeordneten Francesco Welter-Schultes

Kommunale Brandmauer schützen

In der Ratssitzung am 14. Februar haben wir die folgende, interfraktionelle Resolution eingebracht. Die CDU hat eine getrennte Abstimmung der beiden Punkte erfolgreich beantragt. Die Resolution wurde dennoch in beiden Punkten vom Rat der Stadt Göttingen angenommen.

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Göttingen verurteilt die Zusammenarbeit von CDU und FDP mit der AfD im Bundestag als Mehrheitsbringerin.
2. Die Mitglieder im Rat der Stadt Göttingen verpflichten sich, auch in Zukunft nicht mit Parteien, die rassistische, demokratiefeindliche oder rechtsextremistische Positionen vertreten, zusammenzuarbeiten oder ihre Unterstützung für Mehrheiten im Rat billigend in Kauf zu nehmen.

Begründung:

Die CDU unter Friedrich Merz hat einen Antrag im deutschen Bundestag eingebracht, der das erste Mal durch die Stimmen der rechtsextremen AfD eine Mehrheit erreicht hat. Diese Mehrheitsbildung war vorhersehbar: sowohl CDU als auch FDP haben sich bewusst dafür entschieden, eine Mehrheit mit einer rechtsextremen Partei für eine Gesetzesbildung einzugehen.

Wir haben aus der Geschichte gelernt und sagen: Keine Zusammenarbeit mit Rechten! Unter Zusammenarbeit verstehen wir gewöhnliches Verhalten, das darauf abzielt, eine Mehrheit für Positionen zu erringen, welche ohne die AfD nicht mehrheitsfähig wären.

Pressemitteilung vom 13.02.2025:

Kommunale Brandmauer gegen Rechts verteidigen – Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

In der kommenden Ratssitzung am 14.02. beantragen mehrere Fraktionen und Kommunalpolitiker*innen die Resolution „kommunale Brandmauer schützen“. Die bewusste Zusammenarbeit von CDU und FDP mit der rechtsextremen AfD auf Bundesebene verurteilen wir scharf und fordern mit einer Resolution im Rat eine klare Abgrenzung: Keine Stimmen, keine Deals, keine Zusammenarbeit mit Rechten – weder in Göttingen noch anderswo!

Die Entscheidung von CDU und FDP im Bundestag, sich mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit zu sichern, ist ein Tabubruch mit schwerwiegenden Folgen. Wer sich von Faschisten Mehrheiten organisieren lässt, macht sich mitschuldig an der Normalisierung rechtsextremer Politik. „Diese Parteien haben sich bewusst dazu entschieden, mit den Stimmen der AfD ein Gesetz auf den Weg zu bringen. Das ist nicht nur ein Dammbruch, sondern eine direkte Gefährdung unserer Demokratie“, so der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann.

Julian Schlumberger, Co-Fraktionsvorsitzender der Grünen Ratsfraktion ergänzt „Es gibt keine harmlosen Deals mit der AfD. Jede Normalisierung, jedes taktische Stimmensammeln, jedes Durchwinken von Mehrheiten mit der extremen Rechten verschiebt die Grenzen des Sag- und Machbaren. Wer die Zusammenarbeit der AfD als Machtspiel gegen die anderen Fraktionen nutzt, hat den demokratischen Diskurs verlassen. Wer ignoriert, wo die Zusammenarbeit mit Faschisten hinführen kann, hat nichts aus der Geschichte gelernt!“

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@gottingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Mi: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:30 Uhr
Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

Ausblick:

In der Sitzung des Bauausschusses am 20. März werden voraussichtlich die bewerbenden Organisationen und Gruppen für den Kauf der ehemaligen JVA im öffentlichen Teil vorgestellt. Unter anderem hat sich das Soziale Zentrum für die Nutzung des Gebäudes beworben.

Was noch geschah:

Die Freifläche am Greitweg wurde gegen die Stimmen der Göttinger Linke Ratsfraktion von einem Wohngebiet in ein Gewerbegebiet umgewandelt. Begründet wurde dies mit einer Geruchs- und Lärmbelästigung, die von der Saline ausgeht. Außerdem erhoffen sich die Fraktionen des Haushaltsbündnis durch die Ansiedlung weiterer Gewerbe eine Erhöhung der Einnahmen durch die Gewerbesteuer.

Auch die Möglichkeit eines neuen Wohngebietes auf der Lieth (Nikolausberg) steht bezüglich Bürger*innenproteste auf Messers Schneide und wird in den kommenden Wochen Thema sein.